

Dioxin-Skandal ist nur die Spitze des Eisbergs

Um des Profits willen werden Krankheit und Tod in Kauf genommen

Daran gibt es keinen Zweifel: Der Futtermittelskandal, der zurzeit die Öffentlichkeit in der gesamten Bundesrepublik von Nord nach Süd beschäftigt, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Firma Harles und Jentzsch in Uetersen, die Dioxin-verseuchte Industriefette ins Futter gemischt hat, hat doch nichts anderes getan als Hunderte andere Unternehmen auch. Was schert sie die Gesundheit von Millionen von Menschen? Ihnen geht es einzig und allein um den Profit. Das Ausmaß der Katastrophe ist so groß, dass sich sogar der Bundestag in einer Sondersitzung mit dem Thema beschäftigen will. Dort wird vielleicht ein Zipfel der Decke geliftet, mit der alle bekannt gewordenen Lebensmittelkandale in der Vergangenheit immer wieder zudeckt wurden.

Das entlastet die Firma Harles & Jentzsch überhaupt nicht. Die verantwortlichen Firmeneigentümer und Geschäftsführer müssen vor Gericht gestellt und hart bestraft werden.

Alle wussten Bescheid, wie giftig Dioxin ist, zumal in Uetersen, in dem es wegen der Verseuchung des Bodens durch Klärschlamm von der Papierfabrik Stora-Enso lange öffentliche Debatten gab.

Zur Diskussion vor Ort hat in den letzten Tagen Blutkrebs-Patient Peter Heyckendorff aus Hamburg beigetragen, der – unterstützt von seiner Freun-

din und Marianne Wilke aus Wedel – eine Mahnwache vor dem Fabriktor abhielt und in eigens hergestellten Flugblättern auf die gesellschaftliche Brisanz des Skandals hinwies. Heyckendorff wurden vor sechs Monaten im Universitätskrankenhaus Hamburg - Eppendorf Stammzellen eines unbekanntes Spenders implantiert. Er hat sich intensiv mit diesem Problem beschäftigt. In seinem Flugblatt schreibt er: „Ob Asse, Krümmel, Atomumschlag im Hafen oder die Verarbeitung von Giften in Nahrungsmitteln es läuft immer wieder auf dasselbe hinaus: Rücksichtslos werden Risiken für Leib und Leben von Menschen in Kauf genommen, nur damit die `Kohle stimmt`. „Das Problem muss endlich politisch angegangen werden“, sagt Heyckendorff. Sicherheitsauflagen und Kontrollmechanismen müssten revidiert werden. Es müsse außerdem im Bundestag zur Sprache kommen, dass die staatlichen Mittel für Forschung und Therapie ständig gekürzt werden. So mussten Ärzte, Pro-

fessoren und der Förderverein des Universitätskrankenhauses die Hälfte der Umzugskosten für die Stammzellen-Transplantationsklinik in Höhe von 1,5 Millionen Euro selbst sammeln, um bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen und die Zahl der zu behandelnden Patienten zu erhöhen, damit künftig 320 Patienten jährlich behandelt werden können statt bisher 160.

Das Beispiel werfe ein Schlaglicht darauf, wie der Staat unverantwortlich und menschenfeindlich handelt. Er hofft darauf, dass die in Gang gekommene Debatte nachhaltige Wirkung zeigt. „Wer jetzt nicht aufsteht und sich wehrt, lebt wirklich verkehrt“, so Heyckendorff.



...Kaputtbesitzer flieht aus der Verantwortung

Fortsetzung v. S 1

Erika von Bruch zitiert: „Nur deshalb haben wir die Häuser auch gekauft: Weil wir dort gesehen haben, was man damit machen kann.“ Der Beginn der Sanierungsarbeiten soll im Frühjahr 2011 sein. Das Investitionsvolumen soll 7,5 Millionen betragen. 2012 soll die Fassade durch ein Wärmedämmung-Verbundsystem ersetzt werden. Fenster und Gasheizung will der neue Eigentümer erneuern. Sicher, so der Geschäftsführer weiter, werde es Mieterhöhungen geben, aber moderat, was immer darunter zu verstehen ist.

Bürgermeister Niels Schmidt äußerte

sich in der Presse, nach seiner Überzeugung könne es nur besser werden. Er werde möglichst schnell Kontakte zum neuen Eigner suchen, der übrigens noch eine weitere Immobilie in Wedel erworben hat, das Gebäude Bahnhofstraße 60 bis 62, in dem sich außer einer Apotheke, einem Juwelier noch zwölf weitere Wohnungen befinden. Dort will Huggle von Bauwerk Hamburg ebenfalls energetische Sanierungen und einen Dachausbau vornehmen lassen.

Wir werden uns weiter öffentlich für die Interessen der geplagten Mieter

des Elbhochufers einsetzen. Aber empfehlenswert ist auch der Ratsschlag, den Mietereinsprechender Wolfram Jasker in einem Leserbrief zu einem Pinneberger Fall gab:

„Bei Vermietern hilft nur eines: „Die Mieter müssen sich zusammentun und am besten in den örtlichen Mieterverein gehen, um sich sach- und fachkundig vertreten zu lassen.“

Nur so und durch Herstellung von Öffentlichkeit können sich die Bewohnerinnen und Bewohner schützen, wie am Beispiel Pulverstraße / Hellgrund abzulesen ist.